

BID - Medieninformation vom 02.07.2013

BID gegen Schröpfung der Immobilienwirtschaft

- **Steuerpolitik der Bundesländer gefährdet den Wohnungsneubau**

Berlin – „Es ist besorgniserregend. Mit der immer höheren Grunderwerbsteuer in vielen Bundesländern steigen auch die Kosten für den Neubau und den Erwerb einer Immobilie. Das schreckt Investoren ab und bremst den dringend benötigten Wohnungsneubau aus“, stellt Andreas Mattner, Vorsitzender der BID Bundesarbeitsgemeinschaft Immobilienwirtschaft Deutschland und Präsident des Zentralen Immobilien Ausschusses (ZIA) fest. Bittere Folgen seien steigende Kaufpreise sowie Mieten, was den deutschen Wohnungsmarkt weiter anspannen werde.

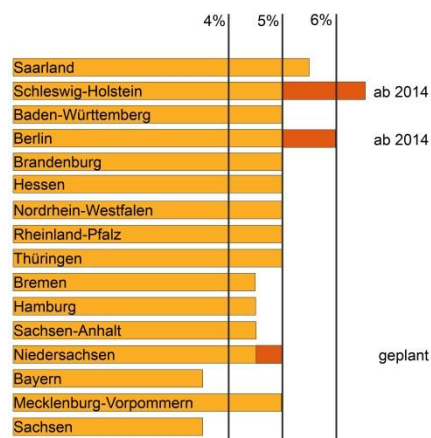
Sowohl in strukturschwachen Regionen, wie dem Saarland, aber auch im wachsenden Berlin, wo der Bedarf an Wohnraum stetig steigt, wurde die Grunderwerbsteuer zuletzt angehoben. Schleswig-Holstein plant darüber hinaus, mit einem Steuersatz von 6,5 Prozent ab 2014 zum Spitzenreiter zu werden.

„Die Politik verhält sich extrem widersprüchlich“, so Mattner, „Erst verursacht sie durch höhere Steuern und staatlichen Auflagen teure Erstellungskosten und dann kappt sie die daraus zwingend resultierenden Mietsteigerungen. Erschwerend wirken außerdem Gewinnabschöpfungsmodelle, was man am Beispiel der Stadt München sieht.“ Dort gibt es mit dem „Münchener Modell“ die schärfste Abschöpfung und gleichzeitig die schlimmste Mietsituation.

Laut BID ist zu erwarten, dass die erhöhten Erwerbsnebenkosten den Eigentumserwerb insbesondere für junge Familien erschwert. Somit bleibt ihnen ein wichtiger Baustein in der privaten Altersvorsorge verwehrt. Im besonderen Fall des Kaufs einer Gebrauchtimmobilie führt die erhöhte Steuer zudem zu weniger Liquidität, um in die energetische Sanierung oder den altersgerechten Umbau zu investieren. Dies konterkariert die Pläne der Bundesregierung, die mit ihrem Energiekonzept und der altersgerechten Modernisierung in die Breite wirken will.

„Die Länder sind gut beraten, wenn Sie die Grunderwerbsteuer wieder auf einen investitionsfreundlichen Satz senken. Denn von einer intensiven Bauaktivität profitieren die Kommunen in vielfältiger Weise – von erhöhten Steuern hat der Staat dagegen wenig, wenn der Neubau oder das Kaufinteresse abflacht“, so Mattner.

In der BID Bundesarbeitsgemeinschaft Immobilienwirtschaft Deutschland arbeiten die Verbände BFW, BVI, DDIV, GdW, IVD, vdp, VGF und ZIA zusammen, um mit gebündelten Kräften gemeinsam inhaltliche Positionen effektiver in der Öffentlichkeit zu vertreten. Mit der BID steht der Politik und anderen Wirtschaftszweigen sowie weiteren Verbänden ein unterstützender und durchsetzungsfähiger immobilienwirtschaftlicher Partner zur Seite. Weitere Informationen über die BID finden Sie im Internet unter www.bid.info.



Von ursprünglich 3,5 Prozent sind die Grunderwerbsteuern in vielen Bundesländern seit 2009 zum Teil drastisch gestiegen.

Quelle: BID Research 06/2013

Geschäftsführender Verband

Zentraler Immobilien Ausschuss
Wallstraße 16
10179 Berlin

www.bid.info

Büroleitung der BID

Dennis Beyer

Tel.: 030 / 2021 585 41

Mobil 0173 / 59 67 086

Fax: 030 / 20 21 585 29

E-Mail: dennis.beyer@bid.info

Pressekontakt

Denis McGee

Pressesprecher des ZIA

Tel.: 030 / 2021 585 17

Fax: 030 / 20 21 585 29

E-Mail: presse@bid.info

Die Mitglieder der BID:

BFW Bundesverband
Freier Immobilien- und
Wohnungsunternehmen

BVI Bundesfachverband der
Immobilienverwalter

Dachverband Deutscher
Immobilienverwalter (DDIV)

GdW Bundesverband deutscher
Wohnungs- und
Immobilienunternehmen

Immobilienverband Deutschland
IVD
Bundesverband der
Immobilienberater, Makler,
Verwalter und Sachverständigen

Verband deutscher
Pfandbriefbanken (vdp)

VGF
Verband Geschlossene Fonds

ZIA
Zentraler Immobilien Ausschuss